

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses
Jugendhilfeplanung am 21.03.2017**

öffentlich

Ort: Stadthaus
Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:02 Uhr bis 17:43 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Herr Uwe Kramer	Ausschussvorsitzender stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Frau Petra Tomczyk-Radji	stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Frau Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Frau Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr André Scherer	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM <i>Vertretung für Frau Dr. Schöps</i>
Frau Sylvia Plättner	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Verwaltung

Herr Weiske	Sozialplaner
Herr Deckert	Jugendhilfeplaner
Frau Erfurth	Kitafachplanerin
Herr Lukas	stellv. Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Frau Claudia Schröder	amtierende Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung
Frau Kerstin Köferstein	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Frau Heike Wießner	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Frau Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Kramer**, eröffnete die öffentliche Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Kramer informierte die Mitglieder des Ausschusses, dass die Niederschrift vom 14.02.2017 vertagt werden muss.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung, so dass **Herr Kramer** die geänderte Tagesordnung abstimmen ließ.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 17.01.2017 einstimmig zugestimmt
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 14.02.2017 vertagt
4. Beratung zur Weiterarbeit der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4.1. Beratung Themenbereiche Befragung 2018
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Arbeitsstand Ergänzung Teilplan Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie-Zielgruppe Migranten
- 8.2. Themenausblick
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 17.01.2017

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 14.02.2017

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 4 Beratung zur Weiterarbeit der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

zu 4.1 Beratung Themenbereiche Befragung 2018

Herr Kramer teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass im letzten Ausschuss diskutiert wurde, welche Themen und Fragestellungen im Rahmen der Jugendstudie 2018 einfließen sollten. Er teilte mit, dass die CDU/FDP- Stadtratsfraktion und die Fraktion DIE LINKE aktuell einen Fragenkatalog erstellt haben. Er bat um Vorstellung der einzelnen Fragenkataloge.

Frau Ranft wollte wissen, ob dieser Themenbereich und die dazugehörige Ausarbeitung die Aufgabe des Unterausschusses Jugendhilfeplanung ist.

Herr Kramer erläuterte, die Aufgabe des Unterausschusses Jugendhilfeplanung ist es, für die Studie zur Vorbereitung eine Aufgabenstellung zu erarbeiten. Diese dient als Grundlage für eine Ausschreibung. Er erwähnte, dass derzeit Themeninhalte zum Sachverhalt erfasst werden.

Herr Deckert bat die CDU/FDP Fraktion ihren vorliegenden Fragenkatalog den Ausschussmitgliedern vorzustellen.

Frau Tomczyk-Radji von der CDU/FDP Fraktion informierte die Ausschussmitglieder über die einzelnen Anregungen und Fragestellungen für die Kinder- und Jugendstudie.

Die Anregungen und Fragestellungen der CDU/FDP Fraktion sind in Session hinterlegt.

Herr Scherer bemerkte, dass ein anonymer Eindruck gegenüber dem Jugendlichen bei der Befragung zum Drogenkonsum entstehen muss. Er findet, dass die Angabe des Befragten zur Postleitzahl des Wohnortes nicht nötig ist. Die Auskunft nach der Schulform wäre ausreichend. Des Weiteren hält er für wichtig, dass bei einer Befragung des Nikotinkonsums zwischen einer normalen Zigarette und einer E-Zigarette unterschieden werden müsste. Die Befragung bezüglich des Verhaltens bei Computerspielen sollte eine Prüfung zwischen online und offline ergeben.

Frau Ranft teilte mit, dass es irrelevant sei, ob die Postleitzahl vorhanden ist. Es existieren dahingehend datenschutzrechtliche Vorgaben. Aufgabe wäre es, die Zielstellung der Studie aufzuzeigen.

Frau Plättner fragte, ob die damalige hallesche Kinder und Jugendstudie mitberücksichtigt wurde.

Herr Deckert gab zur Kenntnis, dass die Studie von 2014 sich mit der gesamten Fragestellung in den aktuellen Unterlagen für die Studie 2018 befindet.

Frau Plättner erkundigte sich, ob die aktuellen Fragestellungen gegenüber den gestellten Fragen von 2014 erweitert wurden.

Herr Deckert gab zur Kenntnis, dass es teilweise neue Fragestellungen gibt.

Herr Kramer fragte zur Vorstellung des Fragenkataloges der CDU/FDP Fraktion, ob in allen halleischen Schulen die Befragung ab der Grundschule erfolgen soll.

Frau Tomczyk-Radji teilte mit, dass die Befragung in jeder Schule erfolgen soll. Ab welcher Klassenstufe wird noch in der laufenden Diskussion geklärt.

Herr Kramer wollte wissen, wie der Punkt „Eine beiliegende Karte mit den jeweiligen Angeboten für Kinder- und Jugendlichen in den Sozialräumen“ zu verstehen ist. Er bemerkte, es sei schwierig die Karte für alle Sozialräume umzusetzen.

Frau Tomczyk-Radji gab bekannt, dass für den Gesamtüberblick eine Karte erstellt werden soll.

Herr Kramer erkundigte sich, wie weit der angesprochene Punkt „Mobbing“ behandelt werden soll.

Frau Tomczyk-Radji erläuterte, dass die Befragung innerhalb der Schulen stattfinden soll.

Herr Kramer stellte fest, dass die eigene Erfahrung der Hilflosigkeit und die Möglichkeiten von Beratungsangeboten angesprochen werden sollten.

Herr Hopfgarten wies darauf hin, dass die Zielfeststellung bei einer solchen Studie sehr wichtig ist. Es existieren unterschiedliche Vorschläge, die zusammenfassend eine Intention ergeben muss.

Herr Scherer bemerkte, dass die Begünstigten relativ unterschiedliche Akteure in der Jugendhilfe sind. Diese ergeben sich aus unterschiedlichen Institutionen.

Herr Deckert berichtete, dass beim letzten Unterausschuss Jugendhilfeplanung eine anteilige Zielorientierung stattgefunden habe. Es ist wichtig herauszufinden, in welchen Strukturen die jungen Menschen leben und welche Interessen und Bedarfe sie verfolgen.

Frau Plättner teilte mit, dass die AWO 2015 eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt hat. Der erste Arbeitsschritt war eine Zusammenstellung von Oberbegriffen, die zur Herleitung von Fragestellungen dienen. Sie erwähnte, dass die Feststellung einer Veränderung von 2014 nur sichergestellt werden kann, wenn der damalige Fragenkatalog für die Befragung 2018 wiederverwendet wird.

Frau Plättner fragte, wann die Fertigstellung dieser Studie geplant sei.

Frau Ranft bemerkte, dass keine Vorbereitung für diese Sitzung möglich war.

Sie bat die Verwaltung, zur besseren Verständlichkeit folgende Aspekte für die Durchführung der Befragung 2018 zu erarbeiten:

1. Welche Ziele hat die Verwaltung mit der halleschen Kinder und Jugendstudie? Formulierung von Zielen in Schriftform.
2. Abgleich von Zielen zwischen Fraktionen und freien Trägern.
3. Was ist neu gegenüber der Jugendstudie von 2014?
4. Gibt es Befragungen bezüglich dieser Studie in anderen Städten die vergleichbar mit Halle wären.?Wie steht Halle im Vergleich dazu?
5. Erstellung einer Zeitschiene für diese Studie.
6. Die Auflistung von Kapazitäten, um diese Befragung durchführen zu können.
7. Welche Kosten sind damit verbunden, um eine solche Befragung aller Schulen durchführen zu können? Ergeben sich dadurch Vor- oder Nachteile?

Herr Deckert informierte, dass eine Leistungsbeschreibung für diese Studie ausgearbeitet werden soll. Demzufolge entwickelt die Verwaltung einen Kostenrahmen. Die Befragung soll von einer wissenschaftlichen Einrichtung bzw. wissenschaftlichem Institut durchgeführt werden. Er bemerkte, dass die eingereichten Fragen wichtig sind, um den Umfang dieser Ausschreibung festlegen zu können.

Herr Kramer merkte an, dass am 02.03.2017 eine E-Mail mit dem Inhalt der Arbeitsergebnisse vom letzten Ausschuss an alle Mitglieder versandt wurde. Des Weiteren bemerkte er, dass der Ausschuss derzeit über die einzelnen Zielpunkte diskutiert. Die Punkte zur Finanzierung und Umfang dieser Befragung werden noch nicht besprochen, weil diese erst im Haushalt 2018 ihre Bedeutung finden.

Herr Kramer betonte, dass der aktuelle Arbeitsauftrag des Unterausschusses Jugendhilfeplanung die Zusammenführung eines gemeinsamen Fragenkataloges ist. Eine Formulierung der Zielstellung ist dann die Aufgabe der Verwaltung.

Herr Weiske wies darauf hin, dass Ziele vorformuliert werden müssen, um eine strukturierte Befragung gewährleisten zu können. Er schilderte, dass mit dieser Umfrage eine Neujustierung der Jugendhilfeplanung für 2019 angestrebt wird.

Er betonte ausdrücklich, dass die Interessen der Jugendlichen und ihre konkrete Lebenssituation in Halle erfragt werden sollen.

Herr Kramer bat die Fraktion DIE LINKE ihren Fragenkatalog vorzustellen.

Frau Haupt von der Fraktion DIE LINKE informierte die Ausschussmitglieder über die einzelnen Anregungen und Fragestellungen für die Kinder- und Jugendstudie.

Diese Anregungen und Fragestellungen der Fraktion DIE LINKE sind in Session hinterlegt.

Herr Scherer fügte hinzu, dass bei einer Jugendstudie die Nutzung von Kultureinrichtungen hinterfragt werden sollte. Schwerpunktmäßig muss das Interesse der Jugendlichen an Theaterbesuchen festgestellt werden.

Herr Kramer stellte einen Fragenkatalog vom Stadtjugendring Halle (Saale) vor.

Diese Anregungen und Fragestellungen des Stadtjugendringes sind in Session hinterlegt.

Frau Plättner wollte wissen, ob eine Zeitschiene für die kommenden Aufgaben erstellt wird.

Herr Kramer teilte mit, dass der Kinder- und Jugendrat noch angehört werden muss. Die nächste Aufgabe ist die Erstellung einer Zielformulierung, aus der eine Zeitschiene und eine Kostenermittlung hervorgehen.

Herr Scherer bemerkte, dass er den Begriff Jugendfreizeiteinrichtung in diesem Zusammenhang kennt. Er wollte wissen, warum die Begriffe Jugendeinrichtung und Jugendclubs ebenso verwendet werden.

Herr Deckert schilderte, dass die Abfrage vom Freizeitverhalten nicht nur bei den stadtfinanzierten Einrichtungen vorgenommen wird. Es gibt eine große Anzahl, von nicht geförderten Vereinen, die anerkannte Träger der Jugendhilfe sind. Aus dem Grund, dass das Leben von jungen Menschen zu befragen ist, werden auch darüber Jugendeinrichtungen und Jugendclubs in Augenschein genommen.

Herr Weiske betonte, dass keine Nutzungsbefragung von Einrichtungen stattfinden wird. Es geht darum in Erfahrung zu bringen, welche Bedürfnisse Kinder- und Jugendliche beim Heranwachsen haben. Er fügte hinzu, dass unterschiedliche Probleme wie z.B. Freunde, Eltern und Freizeitgestaltungen eine maßgebliche Rolle bei den Jugendlichen spielen.

Herr Weiske hält die Studie für wichtig, um noch nicht erfasste Beweggründe der Kinder und Jugendlichen in Erfahrung zu bringen. Hier kommt es darauf an, nicht Dinge zu fragen die in großen bundesweiten Studien bereits(z.B. SHELL und SINUS) nachzulesen sind. Es soll von Jugendlichen die Lebenswirklichkeit in Halle und die daraus erkennbaren halleschen Bedarfe ermittelt werden.

Frau Plättner sprach nochmalig das Problem der Zeitschiene an. Sie fragte, wann der Unterausschuss Jugendhilfeplanung die Fertigstellung dieser Studie abschließen möchte.

Herr Deckert informierte, dass die Durchführung der Befragung im Jahr 2018 erfolgen soll. Die Leistungsbeschreibung muss infolgedessen im Jahr 2017 abgeschlossen werden.

Herr Weiske gab zur Kenntnis, dass die Vorstellung vom Modell der Zeitschiene und dem Kostenrahmen im Juni angestrebt wird.

Er informierte, dass die Befragung von fehlenden Akteuren zeitnah erfolgt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 5 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 **schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine schriftlichen Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Arbeitsstand Ergänzung Teilplan Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie- Zielgruppe Migranten**

Herr Deckert informierte die Ausschussmitglieder zum Tagesordnungspunkt 8.1.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Scherer bemerkte, dass ihm ein wichtiger Bereich zum dargebotenen Bericht fehlt. Er ist der Ansicht, dass eine geringe Kenntnis über die muslimische Religion vorhanden ist. Die muslimische Religionsbildung findet nebenbei statt. Es besteht die Gefahr, dass Strukturen entstehen, die nicht integrationsfördernd sind.

Herr Scherer betonte, dass hierüber ein höherer Meinungsaustausch von der Verwaltung angestrebt werden sollte. Er plädierte dafür, dass sich die Verwaltung in diesem Bereich einen Einblick verschafft.

Herr Deckert übermittelte, dass die präventive Jugendhilfe nicht der richtige Ansprechpartner für diesen Sachverhalt ist.

Frau Tomczyk-Radji machte darauf aufmerksam, dass Frau Köferstein in einem Unterausschuss Jugendhilfeplanung über ihre Arbeit mit Jugendlichen berichtete. Sie fragte, ob es hierüber eine Nachfrage an Frau Köferstein im nächsten Unterausschuss Jugendhilfeplanung geben könnte. Des Weiteren ist sie der Meinung, dass sich der muslimische Bereich bei der Durchführung dieser Studie entziehen würde.

Herr Kramer teilte mit, dass Frau Köferstein im nächsten Unterausschuss Jugendhilfeplanung über ihre aktuelle Sachlage befragt wird.

Herr Scherer ist der Meinung, dass dieses Thema in den Jugendhilfeausschuss gehört. Es ist wichtig, dass diese Angelegenheit nicht vernachlässigt wird.

Herr Kramer fragte, welche Zielrichtung sich daraus ergeben soll.

Herr Scherer erklärte, dass es derzeit eine gewisse Ungleichbehandlung zwischen den einzelnen Religionen gibt, z.B. die Arbeit des Islamischen Kulturzentrums in Neustadt.

Herr Kramer wollte wissen, worin die Ungleichbehandlung besteht.

Herr Scherer gab an, dass die Benachteiligung in der religiösen Bildung stattfindet.

Herr Kramer sagte, dass nur anerkannte Träger der freien Jugendhilfe gefördert werden können. Hierzu sollte dann dieser Träger beim FB Bildung einen Antrag stellen.

Herr Kramer verdeutlichte, dass die Träger hinsichtlich dieser Thematik von der Verwaltung unterstützt werden.

Frau Haupt merkte an, dass es sich hierbei um den Bekanntheitsgrad und das Verständnis dieser Religion handelt. Sie schlug vor, diesen Sachverhalt über den Bereich Gesundheit und Soziales zu thematisieren.

**zu 8.2
Themenausblick**

Herr Deckert stellte den Themenausblick anhand einer Präsentation vor

Der Themenausblick wurde von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Frau Erfurth informierte, dass sie im Monat Mai über den Arbeitsstand der Arbeitsgruppe § 78 Kita berichten wird.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es gab keine mündlichen Anfragen.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Uwe Kramer
Ausschussvorsitzender

René Lukas
stellv. Protokollführer

